



Schulen

Erweiterung der Elternrechte an den städtischen Schulen

1 Postulat

Am 13. März 2001 erklärte der Grosse Gemeinderat das Postulat "Erweiterung der Elternrechte an städtischen Schulen" mit folgendem Wortlaut erheblich: "Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und evtl. Antrag zu stellen, ob und wie die Mitwirkung der Eltern an den städtischen Schulen sämtlicher Stufen verbessert werden kann und welche institutionellen Veränderungen dazu allenfalls notwendig sind".

Dem Postulatsauftrag kommt der Stadtrat mit dieser Vorlage nach.

2 Auftrag der Schule

Die öffentliche Volksschule erfüllt einen zweiteiligen Bildungsauftrag. Sie hat einerseits mit den Schülerinnen und Schülern die in den Lehrplänen festgelegten Zielsetzungen zu erreichen, andererseits hat sie die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen. Auf beiden Ebenen sind die Anforderungen an die Schule gewachsen. Augenfällig sind die Ansprüche an die Schule in der Erziehung. Ein Teil der Eltern delegiert immer mehr die Erziehung ihrer Kinder an die Schule. Diese hat immer mehr die Erziehungsarbeit der Eltern zu übernehmen. Gründe dafür sind Veränderungen in den familiären Strukturen mit zunehmender Individualisierung, der Wertewandel mit seinen Auflösungserscheinungen, Meinungspluralität und Multikulturalität.

2.1 Zusammenarbeit gemäss Volksschulgesetz von 1993

Der einseitigen Übernahme der Erziehungsverantwortung durch die Schule setzt das Volksschulgesetz in der Fassung von 1993 in Art. 92 Abs. 1 die Zusammenarbeit zwischen Schule



und Eltern in Erziehung und Ausbildung entgegen. Das Volksschulgesetz bekräftigt damit den Grundsatz der Zusammenarbeit, welchen bereits Art. 302 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) vorgibt, indem die Eltern unter dem Titel Kindererziehung zur Zusammenarbeit mit der Schule verpflichtet werden. Diese Verpflichtung basiert auf der Überzeugung, dass sich die Bildung eines Kindes nicht in einzelne Kompetenzen zerlegen lässt, sondern aus dem Zusammenwirken sinnvoll aufeinander abgestimmter Komponenten erst entsteht. Dieses Zusammenwirken erfasst den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule einerseits, das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern andererseits.

Das Volksschulgesetz überbindet den Eltern für die Zusammenarbeit mit der Schule in Erziehung und Ausbildung nur die Verantwortung für den regelmässigen Schulbesuch ihrer Kinder, räumt ihnen dagegen verschiedene Rechte ein. Die Eltern haben Anspruch auf Information über das Schulgeschehen. Die Schule ist verpflichtet, in geeigneter Weise über wichtige Schulangelegenheiten, über besondere Schulanlässe und über Fragen, die für die Eltern von Interesse sind, zu informieren. Die Eltern können Auskunft über die Leistungen und das Verhalten ihres Kindes verlangen, in dessen Arbeit Einsicht nehmen und in Absprache mit der Lehrperson jederzeit den Unterricht ihres Kindes besuchen. Diese Rechte und Pflichten stellen das Zusammenwirken zwischen Schule und Eltern sicher.

Auf diesem Zusammenwirken zwischen Schule und Eltern gründet auch die Bildung von Elterngruppen und Elternforen, die sich freiwillig zugunsten der Schule engagieren, sich für Fragen der Schulentwicklung interessieren und den Schulen dazu ihre Zusammenarbeit anbieten. Diese auf Freiwilligkeit beruhende Regelung lässt Eltern wie Schulen den nötigen Freiraum in der Gestaltung der Zusammenarbeit. Sie stellt das Interesse und nicht die Pflicht oder den Zwang zur Zusammenarbeit in den Vordergrund.

2.2 Zusammenarbeit nach dem V. Nachtrag zum Volksschulgesetz

Wachsende Bildungs- und Erziehungsdefizite bei einem Teil der Kinder, aber auch steigendes Desinteresse an der Schule bei einem Teil der Eltern zeigten auf, dass die mehrheitlich auf Rechten der Eltern beruhende Zusammenarbeit mit der Schule mehr verbindliche Verpflichtung der Eltern braucht. Zunehmend ist die Zahl der Eltern, die sich gänzlich von der Schule abgewendet haben und sich in keiner Art und Weise um schulische Belange ihrer Kinder kümmern, aber auch von Eltern, denen die schweizerische Gesellschaftsordnung und das Schulwesen fremd sind und die mangels genügender Deutschkenntnisse zum Teil nicht in der Lage sind, zum Teil aber auch nicht gewillt sind, in Kontakt mit der Schule zu treten, geschweige denn mit ihr zusammen zu arbeiten.



Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe "Interkulturelles Zusammenleben" im Jahr 2001 der Regierung als Massnahme 19 vorgeschlagen, in das Volksschulgesetz einen Abschnitt über die Mitwirkungspflichten der Eltern oder der rechtmässigen Vertretung der Schulkinder aufzunehmen. Gemäss den Vorstellungen der Arbeitsgruppe "Interkulturelles Zusammenleben" müssen Eltern

- zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie sich weigern, Anordnungen für die Beschulung ihres Kindes zu akzeptieren
- bei fehlender Motivation des Kindes zur Kooperation verpflichtet werden können
- von Fall zu Fall zur Teilnahme an wichtigen Elternschulungen und Informationsveranstaltungen wie Elternabenden oder Elterngesprächen verpflichtet werden können.

Lehrkräfte sind dagegen verpflichtet, Elterngespräche zu führen.

Mit diesen Massnahmen sollte die in Schieflage geratene Balance zwischen Rechten und Pflichten der Schule und der Eltern wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Mit dem V. Nachtragsgesetz zum Volksschulgesetz vom 8. November 2001 wurde diesem Anliegen der Arbeitsgruppe "Interkulturelles Zusammenleben" in Art. 96bis und Art. 97 Abs. 3 entsprochen. Demgemäss ist es nicht mehr zulässig, dass sich Eltern der Schule gegenüber verweigern, etwa indem sie sich einem Gespräch mit der Lehrkraft entziehen, eine schriftliche Orientierung der Schule nicht zur Kenntnis nehmen oder einer Aufforderung der Schule zu schulischer und erzieherischer Arbeit nicht nachkommen. Eltern, die ihre Mitwirkungspflicht erheblich verletzen, können verwarnet oder gebüsst werden.

Im schulischen Alltag hat die Möglichkeit, eine erhebliche Verletzung der elterlichen Mitwirkungspflicht zu sanktionieren, zwar nicht dazu geführt, dass Erziehungsdefizite der Kinder weniger spürbar in den Schulen auftreten und die Eltern sich vermehrt auf ihre primäre Erziehungsverantwortung gegenüber ihren Kindern besinnen. Sie hat aber bewirkt, dass Eltern, welche bisher ihre Mitarbeit mit der Schule verweigerten, heute mindestens gesprächsbereit sind.

Das V. Nachtragsgesetz zum Volksschulgesetz bringt den Schulen mehr Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit mit den Eltern, schafft damit einen Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten und führt unmittelbar zu einer Verbesserung der Mitwirkung der Eltern. Die unter Sanktion stehende Pflicht zur Zusammenarbeit mit der Schule bedeutet Kontaktnahme mit der Institution Schule, Gespräche und Auseinandersetzung mit Fragen zu Bildung und Erziehung. Diese "zwangsverordneten" Kontakte helfen, Barrieren abzubauen und Interesse für Schul- und Erziehungsfragen zu wecken. Die unter Sanktionsandrohung stehende Zusammenarbeit ist damit auch eine Chance für all jene Eltern, welche sich bisher nicht um die Belange



der Schule kümmern und die ihre elterliche Pflicht einzig darin sahen, ihre Kinder zur Schule in den Unterricht zu schicken. Das Muss zur Kontaktpflege und zur Zusammenarbeit kann dazu führen, dass diese Eltern auch ihrer Rechte gewahr werden und diese zu nutzen gewillt sind. Daraus kann eine Basis für ein erhöhtes Interesse und Sensibilität gegenüber Fragen der Schule entstehen, so dass diese Eltern nicht mehr ausschliesslich aus persönlicher Betroffenheit im Einzelfall die Zusammenarbeit mit der Schule suchen, sondern sich auch für allgemeine schulische Anliegen zu engagieren beginnen und sich generell ins Schulgeschehen mit einbeziehen lassen. Der gesetzliche Rahmen für erfolgreiches Zusammenwirken zwischen Schule und Eltern ist damit breit genug gesteckt. Eine Ausweitung des gesetzlichen Rahmens für eine verbesserte Zusammenarbeit ist nicht nötig.

3 Teilautonome Schule und Zusammenarbeit mit den Eltern

Die städtischen Schulen werden als teilautonome Schulen geführt. Die Betriebsführung obliegt der Schulleitung. Sie leitet als Führungsebene die Schule im operativen Bereich nach Zielen, welche vom gesamten Lehrerkollegium entwickelt und mitgetragen werden. Das Lehrerkollegium übernimmt die gemeinsame Verantwortung für die gesamte Schule. Diese soll zu einer pädagogischen Organisation werden, welche ihr Profil dem spezifischen Umfeld anpasst und innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der strategischen Zielsetzungen der Schulbehörden Entscheidungen trifft. Behörden und Öffentlichkeit sollen die Schule als handlungsfähige, geleitete Organisation mit einer kompetenten Ansprechstelle vor Ort erleben, die Eltern als Partnerin mit einer verständlichen und in sich abgestimmten Werthaltung. Die teilautonome Schule ermöglicht somit nicht nur die Elternmitwirkung, sie erfordert diese. Im Unterschied zur individuellen Mitwirkungspflicht der Eltern im Einzelfall verlangt die Partnerschaft zwischen teilautonomer Schule und Eltern eine Zusammenarbeit und ein Zusammenwirken zu Fragen, welche die Schule als Ganzes erfassen und somit für die Entwicklung der Schule von Bedeutung sind. Elternmitwirkung in der teilautonomen Schule nimmt aber keinen Einfluss auf den Lehrplan, mischt sich nicht in den Schulbetrieb ein und nimmt keine Einzelinteressen wahr. Einzelinteressen haben nach wie vor die betroffenen Eltern zu vertreten. Diese Form der kollektiven Elternmitwirkung ist an den städtischen Schulen noch nicht festgeschrieben und verankert, befindet sich aber auf freiwilliger Basis in Entwicklung.

3.1 Stand der Elternmitwirkung in den städtischen Schulen

Anfangs 2003 erfolgte in den städtischen Schulen eine Umfrage zum Stand der Elternmitwirkung auf der Ebene der Schulquartiere:



- sechs Schulquartiere bieten institutionalisierte Elternforen an
- zwei Schulen arbeiten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Quartier / Schule
- 21 Schulen geben regelmässig ein Informationsblatt heraus
- 20 Schulen organisieren regelmässig Elternbesuchstage und Elternsprechstunden
- zwei Schulen ziehen eine permanente Elterngruppe in die systeminterne Fremdevaluation (peer-review) mit ein
- ein Schulquartier betreibt ein Sorgentelefon in deutscher Sprache.

Die Anstrengungen der einzelnen Schulquartiere zur vermehrten Zusammenarbeit mit den Eltern sind als Folge der teilautonomen Schule mit Eltern als Partner und dem Bezug zur Quartierbasis zu verstehen. Weiter wird im Bereich der Elternmitwirkung eine Entwicklung sichtbar, welche im Zusammenhang mit dem Konzept Schulqualität und den mit den Schulen vereinbarten Qualitätsentwicklungsbereichen steht. Für die städtischen Schulen sind für die Periode 2000 bis 2006 insgesamt zwölf Qualitätsentwicklungsbereiche mit Priorität Unterrichtsqualität definiert worden. Für all diese Bereiche bestehen Qualitätsideen, welche u.a. auch den Einbezug der Eltern thematisieren. Sechs Schulen haben als Qualitätsidee die Mitwirkung der Eltern in Form von Elternforen bereits umgesetzt und damit für sich die Frage beantwortet, wie die Eltern zu den einzelnen Qualitätsentwicklungsbereichen ins Schulgeschehen einbezogen werden sollen. Die übrigen Schulen haben noch Zeit bis 2006, diese Frage für sich zu beantworten.

4 Pilotprojekt Kreuzbühl / Hof

Für die Mitwirkung der Eltern am Schulgeschehen hat sich im Schulquartier Kreuzbühl / Hof auf Initiative der Schule ein "Elternforum" gebildet, welches nach einer einjährigen Vorbereitungszeit im Sommer 2001 ein einjähriges Pilotprojekt zur Institutionalisierung der Elternmitwirkung in der Schule starten konnte. Das Elternforum ist als einfache Gesellschaft organisiert. Das Forum ist autonom, politisch und religiös unabhängig. Mitglied können Personen werden, denen die Interessen der Quartierkinder am Herzen liegen. Primär wendet sich das Forum an Eltern, deren Kinder die Schule besuchen. Das Forum kennt drei Hierarchiestufen: Vorstand, Elternteam und Elternforum. Jedes dieser Organe hat eine klare Führungsstruktur, definierte Aufgaben und Kompetenzen. In den einzelnen Gremien nimmt die Schule Einsitz. Damit ist die Verbindung zur Führung der Quartierschule, aber auch zur Basis sichergestellt. Während das Elternforum mit Blick auf die Elternmitwirkung Ideen und Anliegen zuhanden des Vorstandes einbringt, beschliesst das Elternteam, welche Themengebiete bearbeitet werden und welche Projekte organisiert und durchgeführt werden sollen. Der Vorstand leitet



die Elternteams und bearbeitet mit diesen die Themengebiete. Er führt die Geschäfte der Einfachen Gesellschaft Elternforum.

Das Elternforum sieht sich als Gesprächspartner der Schulleitung zur Unterstützung der Schule in der Zusammenarbeit Schule / Eltern und in der Öffentlichkeitsarbeit, zur Mitwirkung in Fragen der Schulentwicklung und der Qualitätssicherung sowie zur Realisierung von Projekten. Im Pilotjahr hat sich das Elternforum vertieft mit den Themen Gewalt und "Schule und Elternhaus" auseinandergesetzt und dazu Veranstaltungen organisiert. Weiter hat das Elternforum den Schulsporttag für die Unterstufe gestaltet, zugunsten der Skilager der Schulhäuser eine Winterbörse durchgeführt und ein Kerzenziehen angeboten. Das Elternforum zählt heute rund 130 Mitglieder.

5 Projektauswertung

Das Pilotprojekt Kreuzbühl / Hof hat sich sehr positiv entwickelt. Der Kontakt zwischen Schule, Eltern und Quartier konnte intensiviert werden. Unabdingbar ist die Vertretung der Schule als Ansprechpartner in den einzelnen Gremien. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen Elternforum bzw. dem Vorstand und der Schulleitung. Diese stellt sicher, dass mittels klarer Vereinbarung die Ziele der Mitwirkung, nämlich die Unterstützung der Schule, eingehalten werden und sich das Elternforum nicht in den Schulbetrieb einmischt.

Das Pilotprojekt zeigte, dass die verstärkte Elternmitwirkung in Form der Auseinandersetzung mit den vorgenannten Themen und der Durchführung von Projekten eine Kultur der Zusammenarbeit entstehen liess und die Eltern die Schule mittragen. Die Schule ihrerseits nimmt die Eltern als Partner wahr und sieht sich unterstützt in der Anstrengung, die schulische und erzieherische Arbeit gemeinsam anzugehen. Dass die Schule bei der Durchführung verschiedener Projekte auf einen verlässlichen Partner zählen kann, wird als bereichernd und als Chance empfunden. Die Auswertung des Projektes bestätigte aber auch, dass Elternforen nur dann Bestand haben, wenn sie aus einem im Quartier gewachsenen Prozess in einer ordentlichen Projektorganisation unter Führung der Schule entstanden sind und nicht verordnet werden.

6 Weitere Elternforen

In den städtischen Schulen und Quartieren wächst die Bereitschaft zur Einführung von Elternforen und damit zum verstärkten Einbezug der Eltern ins Schulgeschehen. Für das kommende Jahr planen zusätzlich zu den bereits bestehenden sechs Schulquartieren weitere sechs eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Eltern. Das Pilotprojekt Kreuzbühl / Hof



soll als Muster multipliziert und in Details den örtlichen Bedingungen angepasst werden. Für eine einheitliche Ausgestaltung und Zielsetzung der Foren sorgt die damalige Projektleiterin, welche in den verschiedenen Schulquartieren mit der Umsetzung beauftragt ist. Es ist angestrebtes Ziel, bis Ende des Jahres 2006 in allen Schulquartieren ein Elternforum eingerichtet zu haben.

7 Neue Schulbehördenorganisation

Die aktuelle Schulbehördenorganisation sieht institutionalisierte Elternforen nicht vor. Anlässlich der Revision der Schulbehördenorganisation wird das Thema Elternmitwirkung und Elternforen aber zu beachten sein. Das Thema ist aufgrund bisheriger Erfahrungen noch einmal aufzuarbeiten, die Organisation festzulegen, Ziele, Aufgaben und Kompetenzen sind zu klären und es ist zu prüfen, was in welcher Form in die Schulbehördenorganisation aufzunehmen ist.

8 Ombudsstelle

Im Postulat wird zur Ausweitung der Elternrechte und als Alternative zur Institutionalisierung der Elternmitwirkung die Schaffung einer gesamtstädtischen Schulombudsstelle vorgeschlagen. Der Revisionsentwurf für eine neue Gemeindeordnung sieht die Schaffung einer Ombudsstelle vor. Die geplante Ombudsstelle soll Beanstandungen Privater gegen die Stadtverwaltung und die städtischen Schulen prüfen. Der Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson erfasst somit auch die städtischen Schulen. Dies bedeutet, dass bei Konflikten zwischen Schule und Eltern letzteren nach gescheiterten Gesprächen zwischen den Beteiligten nicht ausschliesslich das Beschreiten des Rechtsweges offen bleibt, sondern zusätzlich eine unabhängige Beratungs-, Schlichtungs- und Mediationsinstanz angegangen werden kann. Die Eltern können ihre Rechte vor einer neuen Instanz einfordern und erhalten eine Ausweitung. Dem entsprechenden Anliegen des Postulates wird mit der geplanten Ombudsstelle entsprochen. Ob letztendlich institutionalisierte Elternzusammenarbeit nachhaltiger wirkt als der Einsatz einer Ombudsperson, wird die Praxis zeigen. Tatsache ist, dass in den meisten Fällen Konflikte und Probleme zwischen den Beteiligten direkt beigelegt und tragbare Lösungen gefunden werden können. Es bleiben aber Fälle, welche nur unter Beizug von unabhängigen Dritten gelöst werden können oder gar von einer Rekursinstanz entschieden werden müssen.



9 Schulrat

Der Schulrat hat sich mit dem Postulatsbericht befasst und hat diesen zustimmend zur Kenntnis genommen.

10 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Vom Bericht "Erweiterung der Elternrechte in den städtischen Schulen" wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat "Erweiterung der Elternrechte in den städtischen Schulen" wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

